

II-6697 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 10. Juli 1992
GZ: 10.101/227-X/A/5a/92

2933 IAB

1992 -07- 13

zu 2959 IJ

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr.
2959/J betreffend Liberalisierung des Handelsverkehrs mit den
früheren Staatshandelsländern, welche die Abgeordneten Resch und
Genossen am 14. Mai 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkte 1 und 2 der Anfrage:

Welche heimischen Wirtschaftsbereiche werden nach den Ihrem Res-
sort vorliegenden Unterlagen und Informationen besonders von der
erwähnten Liberalisierung betroffen sein?

Welche Probleme werden sich daraus für die gegenständlichen Wirt-
schaftsbereiche ergeben?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Antwort:

Im Zusammenhang mit der sich immer mehr verdichtenden Verflechtung der Handelsbeziehungen insgesamt sind von der Liberalisierung in den ehemaligen Staatshandelsländern Zentral- und Osteuropas grundsätzlich alle Wirtschaftsbereiche in Österreich betroffen. Natürlich wird sich in einigen Bereichen, in denen die Entwicklung in unseren Nachbarstaaten besonders rasch fortschreitet, eine andere Situation ergeben.

Aufgrund der im Vergleich zu diesen Ländern durchaus unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation der österreichischen Produktion, insbesondere in Bezug auf Qualität, Know how und Technologie sollten die Probleme, die sich aus vermehrter Konkurrenz ergeben könnten, keinesfalls in einem besonders schwerwiegenden Ausmaß auftreten. Dennoch ergibt sich generell gegenüber den ost- und zentraleuropäischen Staaten eine für alle Branchen geltende Problematik aus dem unterschiedlichen Kosten- und Lohnniveau einschließlich des wesentlichen höheren Umweltstandards der österreichischen Produktion. Dadurch ist, zumindest für eine Übergangsphase die Gefahr von niedrigpreisigen Importen nach Österreich gegeben. Dabei darf aber, wie schon oben erwähnt, nicht außer Acht gelassen werden, daß die Angebote aus diesen Ländern nicht dem Qualitätsstandard österreichischer Anbieter entsprechen.

Punkte 3 bis 6 der Anfrage:

Für welche Wirtschaftsbereiche werden Sie Ausnahmeregelungen vorsehen?

Für welche Branchen bzw. Produkte werden Sie Übergangsregelungen anstreben?

Für welche Branchen bzw. Produkte werden Sie Kontingentregelungen anstreben?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Wie werden diese Übergangs- und Kontingentregelungen konkret ausgestaltet sein?

Antwort:

Im Rahmen der bestehenden und neu abgeschlossenen bilateralen und mulilateralen Handelsverträge werden die dort vorgesehenen handelspolitischen Instrumentarien gehandhabt.

Die Verhandlungen der EFTA-Staaten mit den Reformstaaten zum Abschluß von Freihandelsabkommen konnten bisher nur gegenüber der CSFR abgeschlossen werden. Mit Polen und Ungarn wird voraussichtlich Ende des Jahres ein Vertragsabschluß möglich sein. Konkrete Auswirkungen der Freihandelsabkommen mit den Reformstaaten können erst nach deren tatsächlichen Inkrafttreten bewertet werden.

Für spezielle Wirtschaftszweige sind derzeit keine Ausnahme-Übergangs- oder Kontingentregelungen vorgesehen. Die derzeit möglichen handelspolitischen Maßnahmen, insbesondere in der Form von Information und Konsultationen, die zum Beispiel zu Selbstbeschränkungsverpflichtungen seitens der Exporteure in den zentral- und osteuropäischen Staaten führen können, werden effizient eingesetzt. Sollten diese Instrumente nicht mehr zielführend sein, kann im Rahmen von Antidumpingverfahren und durch die daraus resultierenden Restriktionen einer Schädigung der österreichischen Wirtschaft vorbeugend begegnet werden.

Diese Maßnahmen sollen in der Übergangsphase mit dazu beitragen, nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß in den zentral- und osteuropäischen Staaten, besonders in der schwierigen Periode, die zwangsläufig Anfangsstadien einer derartigen Reform begleiten, zu unterstützen, sondern auch ein Beitrag zur weiteren Stärkung und dem Ausbau der österreichischen Wirtschaft sein.